

Die Gegner der Arbeiterklasse im Lichte des Teuerungsproblems

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **3 (1911)**

Heft 11

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-349824>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

« Der Fabrikhaber haftet für die regelmässige Auszahlung des Lohnes an diejenigen Personen, die von Arbeitern seiner Fabrik angestellt worden sind und nachweisen können, dass sie tatsächlich für sein Etablissement gearbeitet haben.»

Wenn der Unternehmer verlangt, von der Anstellung von Hilfspersonal unterrichtet zu werden — welches Recht wir ihm keineswegs bestreiten — so hat er es ja in der Hand, seine Arbeiter, denen er die Befugnis für Anstellung von Gehilfen überträgt, zu verpflichten, ihm jeden derartigen Fall zu melden.

Demgegenüber sind diese Gehilfen, abgesehen davon, dass viele die Bestimmungen der Gesetze nicht kennen, vielfach nicht in der Lage, sich davon zu überzeugen, ob der Fabrikhaber von ihrer Anstellung Kenntnis erhielt oder nicht, während es ihnen leichter fallen wird, den Nachweis zu leisten, dass sie für sein Etablissement gearbeitet haben.

Die Artikel 19 und 20 sind neu und entsprechen ebenfalls der Praxis, die durchwegs geübt wird, wo Gewerkschaften mit den Unternehmern Abmachungen oder Verträge über die Arbeitsbedingungen abschlossen.

Dasselbe gilt für die Artikel 21 und 22.

Ueber die Lohnabzüge enthält das bisherige Gesetz in Art. 10 nur die Bestimmung: « *Ohne gegenseitiges Einverständnis dürfen keine Lohnbetroffene zu Spezialzwecken zurückbehalten werden.*»

Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass es der stärkern Vertragspartei sehr leicht ist, das Einverständnis der schwächern Partei zu erzwingen. Demgegenüber stellen die in Art. 21 und 22 enthaltenen Bestimmungen einen erfreulichen Fortschritt dar, der besonders den Arbeitern zugute kommen wird, die bis dahin am wenigsten imstande waren, sich vor der Unternehmerwillkür zu schützen.



Die Gegner der Arbeiterklasse im Lichte des Teuerungsproblems.

Die Auseinandersetzungen über das Teuerungsproblem in der Presse, in Versammlungen, Konferenzen und in Parlamenten haben bisher nur bescheidene positive Erfolge für die unter der Teuerung leidenden Schichten der Bevölkerung gezeitigt. Eingeschraubt in den ehernen Rahmen der kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, mussten auch die staatlichen oder kommunalen Behörden, die ernsthaft der Teuerung entgegenzutreten wollten, sich darauf beschränken, die schlimmsten Folgen des Übels durch allerhand Massnahmen zu mildern. An die Beseitigung der Elementarursachen der Teuerung durch Ueber-

führung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit der Gesellschaft dachten ernsthaft nur vereinzelte Sozialisten, d. h. Gruppen, die einstweilen viel zu schwach sind, dieses Werk auszuführen. Demgegenüber sahen wir kürzlich die obersten Landesregierungen Deutschlands und Oesterreichs und speziell auch den schweizerischen Bundesrat sogar die Massnahmen strikte verweigern, die ohne die Aufrechterhaltung der bestehenden Wirtschafts- und Staatsordnung in Frage zu stellen, geeignet schienen, eine Milderung der Lebensmittelteuerung — durch teilweise Reduktion der Lebensmittelzölle — herbeizuführen. Die Kämpfe, die im verflossenen Jahre wegen der Erleichterung des Fleischimportes geführt werden mussten, bewiesen sogar, dass unser Bundesrat in gleicher Weise wie die Regierungen des deutschen Reiches und Oesterreichs, sich nicht scheuten, durch Begrenzung, wenn nicht durch Verbot der Einfuhr gewisser Fleischsorten sowie durch schikanöse Bestimmungen über Kontrolle und Transport gewisser Lebensmittel der Preissteigerung im Interesse der Agrarier Vorschub zu leisten. Nachher sollte das konsumierende Publikum es als grosse Wohltat dem Bundesrat anrechnen, als er schliesslich einwilligte, die vorher von ihm selber gegen die Lebensmittelzufuhr geschaffenen Hindernisse zu beseitigen. So erklärt es sich leicht, weshalb die praktischen Massnahmen der Gemeinden oder der Konsumvereine gegen die Teuerung verhältnismässig wenig ausrichten.

Nichtsdestoweniger sind die Auseinandersetzungen über die Teuerungsfrage und nicht minder die praktischen Versuche, den Wirkungen der Teuerung entgegenzutreten, von bleibendem Wert.

Wie selten ein anderes Zeitproblem, bietet das der Teuerung die Möglichkeit, die im Vordergrund des Kampffeldes sich präsentierenden Strategen auf ihren echten sozialen Heimatschein zu prüfen.

Im Gegensatz zum Problem der staatlichen Einführung der Kranken- und Unfallversicherung, die von gewissen Leuten als sozialer Friedensmantel benützt wird, um die bestehenden Klassenunterschiede und Interessengegensätze zuzudecken — wobei freilich nur naive Leute hereinfallen — zwingt die Stellungnahme zur Teuerungsfrage die Wölfe, den Schafspelz abzuwerfen und zu zeigen, wessen Freund und wessen Feind sie sind.

Im Kampfe um reine wirtschaftliche Interessen bleibt sehr wenig Spielraum zu Versteckspiel und Kompromissen. Die Situation liegt gewöhnlich so klar, die Wirkungen des Kampfes sind hier so rapide, unmittelbare für alle Beteiligten, dass Täuschungen nach kurzer Zeit versagen.

Diese Tatsache hat sogar *der Vertreter der Grossbauerninteressen*, Dr. Laur, erfahren müssen. Dieser seltsame Sekretär, der nur im Nebenamt das Dreifache eines Gewerkschaftssekretärs verdienen soll und jedenfalls mit der bescheidenen Besoldung des Hauptamtes so viel Einkommen hat, wie fünf relativ günstig gestellte Arbeiterfamilien zusammen, versuchte bekanntlich zuerst, sich über die Klagen der armen Bevölkerung lustig zu machen.

Es sind die Herren vom Bauernsekretariat gewesen, die das schöne Wort «*Teuerungsgewimmer*» geprägt haben, die in ihrem sehr wissenschaftlichen Fachblatt die Teuerungsklagen als unbegründet, als Ergebnis der Massensuggestion erklärten.

Dadurch blieben aber die Wirkungen der Teuerung ungeschwächt bestehen und erfassten sogar immer weitere Kreise, so dass bald nach den schlecht entlöhnten die besser entlöhnten Arbeiter, dann die untern Angestellten und schliesslich sogar Beamte, Lehrer usw. in das dumme Teuerungsgewimmer miteinstimmten. Solche Leute sollten denn doch der Massensuggestion sozialistischer Hetzer nicht zum Opfer fallen.

Nachdem verschiedene Gemeinde- und Staatsbehörden ihren Angestellten und Beamten Teuerungszulagen bewilligt oder die Vorlagen über Besoldungserhöhungen vielfach mit Hinweisen auf die Teuerung begründet hatten, nachdem auch der schweizerische Städteverband sich mit der Frage beschäftigte, wie der Teuerung entgegenzuwirken sei und in den verschiedensten Städten unserer Nachbarstaaten sogar Unruhen wegen der Teuerung ausbrachen, schien es wohl auch dem Bauernsekretariat ziemlich zwecklos, das Vorhandensein der Teuerung weiter zu leugnen. Dafür galt es jetzt, um so eifriger dahin zu wirken, dass die Bevölkerung über die Ursachen der Teuerung hinweggetäuscht, den Sünder am falschen Orte suche und dabei versäume, die Massnahmen seitens der obersten Behörden zu fordern, die zuerst ergriffen werden müssen, wenn alle andern Massnahmen wirksam sein sollen.

Es wurden jene merkwürdigen statistischen Aufstellungen fabriziert, mit denen das ungeschulte Publikum über die Wirkung der Lebensmittelzölle irreführt wird.

Wenn nun wirklich die Lebensmittelzölle so wenig für die Preisbildung auf dem inländischen Markt bedeuten, wie dies seitens der Vertreter der Grossbauerninteressen immer behauptet wird, dann darf man sich füglich fragen, weshalb diese Herren sich so gewaltig sträuben, diese Zölle zu beseitigen oder wenigstens zu reduzieren.

Weiter wird von gleicher Seite behauptet, dass eine allgemeine Verbesserung der Lebenshaltung eingetreten sei, die mit als Ursache der

Teuerung in Betracht komme und schliesslich wird wenigstens der städtischen Bevölkerung der Vorwurf gemacht, dass sie zu viel Fleisch konsumiere. Als Beweismaterial für so allgemeine Behauptungen werden die Einfuhrziffern der Zollstatistik und Ziffern über den gesamten Lebensmittelverbrauch des Landes benützt. Dass die Schweiz jedes Jahr während fünf bis sechs Monaten ein Heer von Fremden beherbergt, dass die Bevölkerungszahl für die Saisonzeit um mehr als eine halbe Million steigert und das allein wohl mehr Lebensmittel verzehrt als die 900,000 Lohnarbeiter zusammen im ganzen Jahr, bleibt ebenso unberücksichtigt wie der Umstand, dass eine wesentliche Besserung der Lebenshaltung nur in den oberen und mittlern Volksschichten, dagegen für die untersten Volksschichten eher eine Verschlechterung eingetreten ist. Das letztere trifft allerdings auch mehr relativ zu, und wenn man um 50 oder um 100 Jahre zurück vergleicht, lässt sich eine gar mässige Hebung der Lebenshaltung feststellen. Mit solchen Vergleichen aus alter Zeit kann aber nicht viel für und wider die Teuerung in der Gegenwart bewiesen werden. In ähnlicher Weise operierten die Vertreter der Grossbauern, um die sonderbaren Vergleiche zwischen der Steigerung der Arbeitslöhne und der Lebensmittelteuerung zustande zu bringen, mit deren Resultaten der landwirtschaftlichen Bevölkerung ein ganz schiefes Bild über die Lage der städtischen Arbeiterbevölkerung dargeboten wird, die gleichzeitig dazu dienen sollen, die Lohnbewegungen der Arbeiter als Ursache statt als Folge der Teuerung erscheinen zu lassen.

Es ist das Verdienst des ehemaligen Kantonsstatistikers von Basel-Stadt, des Herrn Regierungsrat Mangold, ein grelles Licht auf das Treiben Prof. Laurs geworfen zu haben, dessen statistische Kunststücke sich seit längerer Zeit einer besondern Berühmtheit erfreuen. Im «*Basler Vorwärts*» vom 25. November (Nr. 277) wird über das wissenschaftliche Beweismaterial des Bauernsekretärs unter anderem folgendes mitgeteilt:

« Aus einem viel, *viel umfangreicheren* Material als Dr. Laur es besass, aus Lohnbüchern, die mir in weitgehender Liberalität von zahlreichen kleinsten und grössten Firmen von Basel und Umgebung zur Verfügung gestellt worden, habe ich eine *eigene* Lohnstatistik für die Jahre 1901—1908 aufgemacht.

Mit über 18,000 *Lohndaten aus Unfallakten* habe ich, genau wie Dr. Laur, eine Lohnstatistik für die Jahre 1901 bis 1907 zu erstellen versucht, aber erkennen müssen, dass auf diesem Wege nur für wenige Erwerbsbranchen eine auch nur halbwegs annehmbare Arbeit zu erlangen ist. Dr. Laur operiert im Minimum mit 770, im Maximum mit 1799 *Lohndaten aus Unfallakten* und zieht daraus die wichtigsten Schlüsse auf die Löhne der gesamten schweiz. Fabrikarbeiterschaft. Ich hätte es für eine Vermessenheit gehalten, mit meinem viel grösseren Material dasselbe zu tun.

Ein Beispiel aus Dr. Laur's Lohnstatistik aus Unfallakten. Berechnung der Taglohnsumme aller schweizer. Seidenarbeiter (54,021 Personen).

	Jahr 1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907
Zahl der Unfälle	7	4	6	11	19	20	28
Mittlerer Taglohn hieraus	2.31	2.47	2.48	2.37	2.57	2.87	2.94 Fr.

Dieser aus 7, 4, 6 usw. Lohnangaben gewonnene mittlere Taglohn wird mit 54,021 multipliziert. Resultat: die Taglohnsumme aller Seidenarbeiter (Bandweber, Stoffweber, Hilfsarbeiter usw. miteinander). Kommentar überflüssig! Beweis: Seite 165 und 190 der Broschüre. Da hilft weder Drehen noch Deuteln, hilft keine noch so «methodisch sorgfältige Mittelberechnung». Aus 4, 6, 11, 19, 20 und 28 Lohnangaben für je ein Jahr schliesst kein gewissenhafter Statistiker auf die Löhne von 54,021 Arbeitern, wohl aber Dr. Laur. Insgesamt wird aus jährlich 770 bis 1799 Angaben der Lohn für 287,000 Arbeiter berechnet. Zu den grossen Schlussfolgerungen werden die Angaben für die Jahre 1901 und 1902 allerdings nicht benützt, wohl aber diejenigen pro 1903 bis 1907. Die übrigen, bei dieser Lohnstatistik wohl zu beachtenden, aber von Dr. Laur nicht berücksichtigten Faktoren berühren wir hier nicht.

Dr. Laur gibt selbst in seiner Einsendung zu, dass «die Zahl der Lohnangaben für manche Arbeitergruppe relativ klein» sei. Trotzdem ist er wieder naiv genug, im 6. Alinea seiner Einsendung zu sagen, es handle sich weniger um die absolute Höhe der Löhne, als um die Lohnbewegung. Wie verträgt sich aber hierzu der grosse Schluss der Arbeit, wo, wie oben erwähnt, die Taglohnsumme der schweizerischen Arbeiterschaft auf Centimes genau berechnet wird? Wer in aller Welt kann die Lohnbewegung verfolgen, ohne den absoluten Lohnhöhen alle und jede Aufmerksamkeit zu schenken? Dr. Laur. Ihm blieb es vorbehalten, in seiner Einsendung zu sagen: «Auch wenige Fälle können unter Umständen die allgemeine Lohnbewegung richtig wiedergeben.» Er ist aber sehr vorsichtig; «unter Umständen».

Für die Jahre 1891—1907 habe ich eine Preisstatistik aufgestellt, ganz wie Dr. Laur, nur eine viel zuverlässigere. Wir stellen auf wirklich bezahlte, absolut unanfechtbare Detailpreise ab, Dr. Laur arbeitet meist mit fiktiven Detailpreisen. Er nimmt Engros-Preise des Nordostschweizerischen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes und schlägt durchweg 20 Prozent zu. Was verschlägt's, hierbei auf zwei Dezimalen genau zu rechnen, wenn die Grundlagen ungenau sind und jene Preise als für die ganze Schweiz geltend in die Rechnung gesetzt werden? Die genannte Genossenschaft verkauft meist an landwirtschaftliche Bevölkerung; die städtische hat andere Bedürfnisse und bezahlt andere Preise. Das lässt Dr. Laur aber ausser Betracht — ob mit oder ohne Absicht, sei dahingestellt.

Dr. Laur ist dafür ungeheuer genau in der Auswahl seiner Artikel, denn er verfolgt die Preisbewegung von sechs Sorten Papier, sieben Sorten Tinte, drei Sorten Schreibfedern, drei Sorten Bleistiften, drei Sorten Radiergummi, ferner von Türvorlagen, Korsetts usw. Und das soll noch einer kommen und sagen, seine Arbeit erfasse nicht die letzten Details! Das nennt man Sand in die Augen streuen.

Dr. Laur muss bei seiner Untersuchung unter anderem auch die Belastung der Haushaltungen durch Preisveränderungen und Zolltarif ermitteln. Er braucht dazu Haushaltungsrechnungen, um herauszubekommen, wie gross die durchschnittlichen Ausgaben für Lebensmittel, Wohnung usw. sind. Was steht ihm zur Verfügung? 42 Haushaltungsrechnungen, von denen nur 16 aus schweizerischen Verhältnissen stammen und zum Teil erst noch vor mehr als 20 Jahren aufgestellt worden sind. Dr. Laur

sagt selbst: «Leider sind die schweizerischen Erhebungen zu wenig zahlreich und namentlich fehlt es an genügend ins Detail gehenden Angaben — als dass... (man wird erwarten, er schliesse mit den Worten, als dass hierauf eine so weitgehende Untersuchung aufgebaut werden kann; er fährt aber anders fort)... als dass wir uns auf schweizerische Budgets hätten beschränken können.»

So wird denn der Konsum der schweizerischen Arbeiterschaft auch an demjenigen von Arbeitern im Ausland: in Oldenburg, Niederschlesien, Dessau, Frankfurt, Oberelsass (dies mag noch angehen), Altona-Hamburg und Berlin gemessen! Ich hätte dies nicht gewagt, in meiner inneren Leere. Aber Dr. Laur darf es tun, seine wissenschaftlichen Arbeiten stehen hors concours.

Dr. Laur benützt auch Zahlen aus meiner Basler Wohnungsstatistik, auf deren zweifelhaften Wert beim Ziehen von Schlüssen ich im Text ausdrücklich hingewiesen hatte. Die Zahlen teilt er mit (natürlich, da die Mieten anscheinend gesunken waren); den Text lässt er dreist beiseite.

Was sagt z. B. unsere arbeitende Bevölkerung dazu, wenn sie vernimmt, dass sie für ihre Wohnung nur 14,3 bis 15 Prozent des Einkommens auszugeben habe. Dieser Prozentsatz ist eben aus den genannten 42 Haushaltungsrechnungen (auch ausländischen) abgeleitet und soll nun für die ganze Schweiz gelten. In Basel liegen die Verhältnisse seit Jahren total anders.

Dr. Laur weist den Vorwurf der tendenziösen Beeinflussung der Zahlen als unverdient und verleumderisch zurück. Wer aber auf Centimes genau die Taglohnsumme der gesamten schweizerischen Arbeiterschaft aus so kleinen Lohnangaben berechnet, wer eine so ungenaue Preisstatistik führt, auf ausländische Haushaltungsrechnungen abstellt, die für schweizerische Verhältnisse zum geringsten Teile passen, wer die Zahlen anderer ohne den dazu nötigen Text benützt, wer dermassen generalisiert, wer mit zum Teil so ungenügenden Materialien, zum Teil mit Zuhilfenahme von Schätzungen und Interpellationen am Schlusse seiner Arbeit zu schreiben wagt, trotz der Teuerung resultiere eine Besserstellung für die Arbeiter von 28 Millionen Franken, der muss es sich selbst zuschreiben, wenn man den Vorwurf erhebt, die Arbeit sei tendenziös. Uebrigens, ob tendenziös oder nicht, mich stösst die unwissenschaftliche Behandlung. Der Name «wissenschaftliche Zentralstelle» tuts nicht, die Arbeit muss wissenschaftlich sein. Ob sie es ist, möge Dr. Laur doch einmal von einem oder einigen der bekannten grossen deutschen Statistiker oder Volkswirtschaftler prüfen lassen. Ich fürchte sehr, das Urteil würde ihr schlecht bekommen.»

Mit solchen Mitteln arbeiten die sogenannten Wissenschaftler, die im Solde unserer wirtschaftlichen Gegner stehen, die uns stets unsere Armut an wissenschaftlichem Material, an wissenschaftlichen Kenntnissen vorwerfen. Wir sind fest überzeugt, wenn wir solche Kniffe zur Verteidigung der Arbeiterinteressen in Anwendung bringen wollten, die Herren vom Bauernsekretariat wären die ersten, um uns als vulgäre Schwindler zu denunzieren. Eine Sache, die mit so krummen Mitteln verfochten wird, muss schon selber recht krumm geworden sein.

Aber die Grossbauernvertreter sind nicht allein, die in diesem Kampfe, bei dem es sich sehr um die Interessen der Arbeiterklasse handelt, das Visier öffnen mussten. Wir werden im nächsten Jahre unsere Leser mit den übrigen

Gegnern der Arbeiterschaft, die im Streit um das Teuerungsproblem eine wichtige Rolle spielten, näher bekannt machen.



Ein Reorganisationsproblem.

I.

Die Dinge wiederholen sich! Es ist noch gar nicht lange her, seit in den Kreisen der schweiz. Gewerkschaften lebhaft über die beste Form der gewerkschaftlichen Landesorganisation gestritten wurde, und schon wieder beschäftigt die klassenbewusste Arbeiterschaft der Schweiz eine Reorganisationsfrage. Diesmal handelt es sich aber um die *politische* Organisation des Proletariats. Und wieder werden hitzige Debatten geführt, wobei den « Neuerern » auch, wie seinerzeit bei der Reorganisation des Gewerkschaftsbundes, der Vorwurf nicht erspart wird, sie wollten nur das immerhin wertvolle Bestehende vernichten, ohne etwas Besseres an dessen Stelle setzen zu können. Von den sonstigen Vorwürfen ganz zu schweigen.

In einem unterscheidet sich der gegenwärtige Streit um die Reorganisation der Partei aber von dem um die Reorganisation des Gewerkschaftsbundes. Bei letzterem handelte es sich weit weniger um taktische Differenzen, als dies bei ersterem der Fall ist. Dies Faktum verleiht dem Reorganisationsstreit der schweiz. Sozialdemokratie die Bedeutung, die es rechtfertigt, dass ihm auch an dieser Stelle einige Betrachtungen gewidmet werden.

Taktische Differenzen, zumeist dem *wirtschaftlichen* Kampfe des schweizerischen Proletariats entsprossen, drängen nach Lösung. Dass die zentralistische Organisationsform die beste ist, wird nicht bestritten, wenn sie auch etwas verschieden bewertet wird. Unter den Verteidigern des gegenwärtigen Zustandes der Parteiorganisation gibt es nämlich Genossen, die es fertig bringen, die Aufgaben der proletarischen Klassenbewegung so zu formulieren, dass die Reorganisation der Partei überflüssig erscheint. Es wird behauptet, das Schwergewicht der sozialistischen Politik liege in den Kantonen und Gemeinden. Das ist eine Auffassung, die in erster Linie bei den Gewerkschaftern auf schärfsten Widerspruch stossen muss. Was alles als sozialistische Errungenschaft auf kommunalem oder kantonalem Gebiete gepriesen wird, ist zumeist nichts anderes als die Frucht einer normalbürgerlichen Verwaltung. Trotzdem braucht man die Arbeit der sozialdemokratischen Partei auf diesen Gebieten nicht gering zu schätzen. Aber ganz falsch ist die Meinung, über die wichtigsten Lebensinter-

essen der Arbeiterschaft werde auf kantonalem oder kommunalem Boden entschieden. Wir weisen auf die kapitalistische Wirtschaftspolitik, die alle gewerkschaftlichen Errungenschaften illusorisch macht, und die sicherlich nur durch eine schlagfertige *eidgenössische* Organisation bekämpft werden kann. Es ist auch wohl nicht schwer, zu erkennen, dass die Staatsgewalt sich stetig stärker in der Eidgenossenschaft konzentriert und die Bedeutung der kantonalen Gesetzgebung verringert wird. Alles die natürliche Folge der kapitalistischen Entwicklung. Ist es schon deshalb nicht richtig, dass auf kantonalem und kommunalem Boden für die Arbeiterschaft auf absehbare Zeit am meisten zu holen ist, so kommt dabei noch in Betracht, dass gerade in den Kantonen und Gemeinden, wo das Proletariat am zahlreichsten ist, seine Macht seiner Zahl am wenigsten entspricht. Weshalb, das besprechen wir bei Behandlung der Ausländerfrage, die bei der Reorganisation der Partei eine sehr gewichtige Rolle spielt.

Noch keine Arbeiterorganisation irgendeines Landes hat es vermocht, eine einheitliche Auffassung über die taktischen Richtlinien zu erzielen. Kein Wunder, dass dieses Kunststück auch in der Schweiz noch nicht fertig gebracht worden ist. Bei uns sind die wirtschaftlichen Verhältnisse noch so vielgestaltig, dass die Buntheit der Meinungen niemanden überraschen kann, sofern er sich darüber klar ist, dass es die Lebensverhältnisse sind, die die Anschauungen der Menschen bestimmen. Sowohl die gewerkschaftliche als auch die politische Organisation der Arbeiterklasse findet ihre grösste Entfaltungsmöglichkeit in den grossindustriellen Verhältnissen. Und dies nicht nur bezüglich des zahlenmässigen Wachstums, sondern auch in bezug auf die Durchsetzung der Forderungen. Dem grossindustriellen, grossstädtischen Arbeiter zeigt die kapitalistische Produktionsweise viel anschaulicher die Notwendigkeit und Möglichkeit einer sozialistischen Ordnung als dem Arbeiter in Gegenden mit einer rückständigen Produktionsweise. Und wenn auch heute selten einer so isoliert dahinlebt, dass er nicht auch bei weiter, räumlicher Entfernung von den Stätten grosser industrieller Produktion ein sehr plastisches Bild von den Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung zu gewinnen vermöchte, die Einwirkung der ihn umgebenden Verhältnisse lässt sich auch durch ernstes Studium nicht immer ganz paralysieren.

In den industriell unentwickelteren Gegenden erscheinen dem Arbeiter die Klassengegensätze weniger schroff, die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse scheint vom Wohl- oder Uebelwollen einzelner Personen abhängig zu sein. Auch die Stellung der Unternehmer zur Organisation der